



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 16.10.2026 bis 23.10.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Besetzte Ukraine: Baptistenpastor droht Ausweisung nach erfolgloser Berufung an das Höchstgericht von Lugansk	3
CDU-Politikerin Bosbach reicht Programmbeschwerde beim ZDF ein	4
Deutschland: Berliner Schule darf demonstratives Beten verbieten	5
Deutschland: ICEJ warnt vor „Flächenbrand“ bei Schülerprotesten am 31. Oktober	6
Deutschland: Kauft die Zeit aus!	7
Deutschland: Kirchen verurteilen Drohbrief gegen jüdische Gemeinde	8
Deutschland: Samaritan's Purse kritisiert Berliner Erotikmesse „Venus“	9
Deutschland: Veranstalter verteidigt Sedra-Auftritt in Garching	10
Indien: Übergriff während einer Bibelkonferenz	11
Iran: Zahra Gholami aus der Haft entlassen	12
Israel: Siedler randalieren	13
Israel: Übergriffe auf Christen in Israel nehmen weiter zu	15
Kasachstan: Versteckte Kamera, Prozess und danach Gefängnis?	16
Kenia: Sektenführer Mackenzie und 28 weitere Täter schuldig gesprochen	17
Libyen: Nach fast zwei Jahren Gefangenschaft	18
Malawi: Ein Evangelist erzählt	19
Myanmar: "Missionare der Hoffnung"	20
Nigeria: Eine „Frau mit Gewissen“- Nigerianische Christin geehrt	22
Nigeria: Sechs Jahre Haft für ein Lied	23
Pakistan: Zum Tode verurteilter Christ freigesprochen	24
Senegal: „Der Dialog zwischen Christen und Muslimen findet jeden Tag statt“	25
Sudan: Das anhaltende Leid	27
Südsudan: Morddrohungen in einem Flüchtlingslager	28
Uganda: Ermordeter Christ beherbergte Konvertiten	30
Ukraine-Krieg: Bereits 17 Geistliche in diesem Jahr getötet	31
Usbekistan: Prozess gegen Schiiten wegen religiöser Lieder auf Telegram	32
Westjordanland: Jüdische Siedler dringen in christliches Zentrum ein	33

Besetzte Ukraine: Baptistenpastor droht Ausweisung nach erfolgloser Berufung an das Höchstgericht von Lugansk

IIRF-D/AKREF-A/Tübingen/16.10.2026 – Mehr als 67 Jahre nach seiner Geburt und nachdem er 40 Jahre im selben Haus in Krasnodon in der von Russland besetzten Region Lugansk gelebt hatte, wurde am 6. Oktober die Berufung von Vladimir Rytikov, Pastor der örtlichen Gemeinde des Rats der Baptistengemeinden, gegen seine Ausweisung verworfen. Mit Rechtskraft der Entscheidung des Höchstgerichts droht ihm die Abschiebung aus allen von Russland kontrollierten Gebieten, das heißt nicht nur aus Russland selbst, sondern auch aus den russisch besetzten Gebieten der Ukraine. Rytikov plant eine weitere Berufung an das Zweite Kassationsgericht in Moskau.

Im Februar annullierte die von Russland kontrollierte Außenstelle des Innenministeriums in Lugansk die Aufenthaltserlaubnis von Pastor Rytikov aufgrund von Informationen des Büros des Staatssicherheitsdienstes FSB in Rostow. Ihm wurde unterstellt, er wäre ein Mensch, der für „die gewaltsame Änderung der Grundlagen der verfassungsgemäßen Ordnung der Russischen Föderation“ eintrete oder durch sonstige Aktionen eine Bedrohung der Sicherheit der Russischen Föderation oder deren Bürger darstellte. Der Staatssicherheitsdienst gab weder vor Gericht noch an anderer Stelle irgendwelche Details über die angeblich von Pastor Rytikov ausgehende Gefahr bekannt.

In den letzten Jahren kam es wiederholt zu Razzien in der von Pastor Rytikov geleiteten nicht registrierten Gemeinde in Krasnodon (der offizielle ukrainische Name der Stadt lautet Sorokyne).

Nach der Verhandlung am 6. Oktober erklärte Pastor Rytikov, dass seine „Schuld“ in der angeblichen Bedrohung der Sicherheit der Russischen Föderation durch ihn bestünde, man ihm jedoch keinerlei Angaben über die Art der „Bedrohung“ gemacht hätte. Man hätte lediglich darauf verwiesen, dass es sich um Auskünfte des FSB handelte. Er fügte hinzu: „Das Gericht hat meine Angaben nicht beachtet, dass ich in Krasnodon geboren wurde und seit 67 Jahren hier lebe, eine Familie habe – Kinder und Enkelkinder, Geschwister, und einen aufgrund einer Militäraktion im Jahr 2015 behinderten Sohn, der bei uns lebt – das ist meine Heimat und hier ist meine Heimatgemeinde, der ich als Pastor diene. Ich habe alles in die Hand des Herrn gelegt.“

Russische Beamte haben die Dokumente für das Haus und Grundstück von Pastor Rytikov beschlagnahmt und dürften nicht die Absicht haben, sie zurückzugeben. Er erklärte: „Sie haben uns aller Rechte beraubt. Seit eineinhalb Jahren wurden meiner Frau und mir unsere Pension nicht ausbezahlt“.

Vladimir Pawlowitsch Rytikov wurde 1959 in Krasnodon in der damaligen Region Woroschilowgrad in der Sowjetunion geboren. Wie sein Vater und andere Verwandte schloss er sich einer Gemeinde des Rats der Baptistengemeinden an. Diese Gemeinschaften strebten in der Sowjetunion und streben auch heute keine staatliche Registrierung an. Zwischen 1979 und 1982 verbüßte Rytikov eine von einem sowjetischen Gericht verhängte Haftstrafe wegen Ausübung seiner Religionsfreiheit. Er wurde nach der Wende 1995 rehabilitiert. Sein Vater wurde 1979 ebenfalls zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Vladimir Rytikov leitet die Baptistengemeinde in Krasnodon seit 1990.

Gemeinden des Rats der Baptistengemeinden sind immer wieder Ziel von Razzien. Gegen ihre Leiter und Gemeindeglieder werden Geldstrafen verhängt. Es kommt zu Festnahmen.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 9. Oktober 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

CDU-Politikerin Bosbach reicht Programmbeschwerde beim ZDF ein

Hintergrund ist eine Böhmermann-Satire über das Kruzifix

Berlin (IDEA) – Die CDU-Bundestagsabgeordnete Caroline Bosbach hat beim ZDF-Fernsehrat eine förmliche Programmbeschwerde gegen das „ZDF Magazin Royale“ eingereicht. Anlass ist die Sendung vom 2. Oktober, in der sich der Satiriker Jan Böhmermann über das Kruzifix lustig gemacht hatte. Böhmermann hatte Christus am Kreuz als „genderfluiden, bi-neugierigen, halbnackten POC-Otter“ auf einem „auf dem Kopf stehenden Teufelssymbol“ bezeichnet. Die Katholikin machte ihre Beschwerde in einem Instagram-Beitrag öffentlich. Die beanstandete Darstellung sei eine Herabwürdigung des christlichen Glaubens, schreibt sie. Satire setze die gesetzlichen Programmgrundsätze nicht außer Kraft.

Bosbach: ZDF würde nie so den Propheten Mohammed verunglimpfen

Religiöse Überzeugungen verdienen unabhängig von der jeweiligen Religion denselben Respekt, so die Politikerin in ihrem Schreiben. Das gelte gerade für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinem gesetzlich und verfassungsrechtlich verankerten Bildungsauftrag. Durch die Finanzierung über Rundfunkgebühren erhalte dies „noch einmal besonderes Gewicht“. Das ZDF stachele „einen interreligiösen Kampf an und schürt unnötig gesellschaftliche Konflikte“, kritisiert Bosbach. Dies widerspreche dem gesetzlichen Auftrag des Senders: „Statt Integration wird hier Spaltung verfolgt.“ Zudem könne sie sich nicht vorstellen, dass das ZDF „es auch nur ansatzweise in Betracht ziehen würde, den Propheten Mohammed in ähnlicher Weise zu verunglimpfen“.

Verweis auf Staatsvertrag und Programmrichtlinien

Bosbach sieht mögliche Verstöße gegen den ZDF-Staatsvertrag und die ZDF-Programmrichtlinien. Der Staatsvertrag verpflichte das ZDF ausdrücklich zur Achtung religiöser Überzeugungen. In ihrem Schreiben zitiert Bosbach daraus: „Die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung sind zu achten.“ Nach den Qualitäts- und Programmrichtlinien hätten die Angebote laut Bosbach unter anderem das gegenseitige Verstehen zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften zu fördern. Sendungen und Telemedienangebote dürften den religiösen Glauben nicht verächtlich machen oder herabwürdigen. Religiöse Themen und kultische Handlungen müssten „mit der ihnen gebührenden Ehrfurcht und Sorgfalt dargestellt werden“. Die CDU-Politikerin erwartet nach eigenen Worten eine konkrete Prüfung des möglichen Verstoßes sowie eine nachvollziehbare Stellungnahme.

Deutschland: Berliner Schule darf demonstratives Beten verbieten

Verwaltungsgericht: Verbot ist zur Erhaltung des Schulfriedens gerechtfertigt

Berlin (IDEA) – Ein Berliner Gymnasium darf seinen Schülern demonstratives Beten in der Schule verbieten. Das geht aus einem Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin hervor. Es wies eine Klage der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF/Berlin) gegen das Verbot ab. Laut einer Pressemitteilung des Gerichts hatte die Organisation argumentiert, die Vorschrift diskriminiere muslimische Schüler, die sich durch ihren Glauben verpflichtet sähen, fünfmal am Tag ein Pflichtgebet zu praktizieren. In seinem Urteil räumte das Gericht ein, dass das Verbot vor allem muslimische Schüler betreffe. Diese Benachteiligung sei aber gerechtfertigt, weil die Vorschrift zur Erhaltung des Schulfriedens nötig sei. Er werde seit geraumer Zeit durch das religiös motivierte Verhalten von muslimischen Schülern konkret gefährdet. Sie hätten beispielsweise versucht, Mitschülern bestimmte religiöse Verhaltensweisen aufzuzwingen. So seien muslimische Schülerinnen beschimpft worden, weil sie kein Kopftuch trugen. Mit der Verrichtung des islamischen Gebets werde das bereits bestehende Risiko einer Störung des Schulfriedens aufgrund religiöser Konflikte weiter erhöht. Laut einem Bericht des Internetportals „Legal Tribune Online“ hat die GFF angekündigt, gegen das Urteil Rechtsmittel einzulegen.

Deutschland: ICEJ warnt vor „Flächenbrand“ bei Schülerprotesten am 31. Oktober

Internationale Christliche Botschaft Jerusalem ruft zum Gebet vor Rathäusern auf

Stuttgart (IDEA) – Der deutsche Zweig der Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem (ICEJ/Stuttgart) hat vor einem möglichen „Flächenbrand“ bei den für den 31. Oktober angekündigten Schülerprotesten in Deutschland gewarnt. Aus diesem Grund ruft zu einer bundesweiten Gebetsaktion auf. In Beiträgen in den Sozialen Medien wurden Gewaltexzesse „nach französischem Vorbild“ angekündigt, sagte die Redaktionsleiterin der ICEJ, Karin Lorenz, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Hintergrund der Warnung sind die Ausschreitungen in Frankreich, die am 17. und 18. Oktober eskallierten. Ausgangspunkt waren Schülerproteste in den Wochen zuvor, unter die sich dann vielerorts gewaltbereite Gruppen mischten. Nach Angaben des französischen Innenministeriums beteiligten sich landesweit 550.000 Menschen an den Protesten, die Organisatoren sprachen von rund 800.000 Demonstranten. Unter ihnen waren neben Schülern auch Studenten, Gewerkschafter, ehemalige Gelbwesten und Landwirte. Innenminister Laurent Nuñez machte organisierte linksextreme Gruppen für einen erheblichen Teil der Gewalt verantwortlich. In mehreren Städten wurden Rathäuser verwüstet. In der zentralfranzösischen Stadt Limoges wurde das mehr als 140 Jahre alte Rathaus in Brand gesetzt und sei „zum großen Teil verloren“. In Bordeaux stürmten Randalierer die offizielle Residenz der Präfektin des Départements Gironde; dort wurde sogar das Polizei-Sondereinsatzkommando Raid mobilisiert. Zahlreiche Geschäfte wurden geplündert. Der Vorsitzende des deutschen Zweigs der ICEJ, Gottfried Bühler, war nach eigenen Angaben während der Demonstrationen in Frankreich im Land. Ihm zufolge erlebten französische Juden die dortigen Ausschreitungen als „zutiefst existenzbedrohend“.

„Gen Z regelt“ kündigt Demonstrationen in 21 Städten an

Nach den Ereignissen in Frankreich tauchten in Sozialen Medien Aufrufe zu Schülerprotesten am 31. Oktober in Deutschland auf. Hinter der deutschen Protestbewegung steht die Initiative „Gen Z regelt“. Sie kündigt auf ihrer Internetseite Demonstrationen in insgesamt 21 Städten an. Nach Angaben der Initiative haben sich bislang deutschlandweit über 40.000 Menschen angemeldet. Zur Generation Z zählen in der Regel die zwischen 1995/1997 und 2010/2012 Geborenen. In ihrem Positionspapier fordert die Gruppe „eine Politik, die in Bildung, soziale Sicherheit, Gesundheit und bezahlbares Leben investiert“. Zudem bemängelt sie fehlende Perspektiven.

Warnung vor Linksradikalen und Islamisten

Die Zukunftsängste der jungen Generation nannte Lorenz gegenüber IDEA berechtigt. Zugleich warnte sie vor gewaltbereiten Linksradikalen, Islamisten und Propalästina-Aktivistinnen, die ebenfalls zum Protest am 31. Oktober aufrufen. Diese Gruppen bezeichneten die gewalttätigen Ausschreitungen in Frankreich ausdrücklich als Vorbild, so die ICEJ. Nach Einschätzung unter anderem des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes mobilisieren auch Akteure aus dem linksextremen Spektrum und aus dem auslandsbezogenen Extremismus für die Proteste; das Spektrum reiche von Aufrufen zur Teilnahme bis zur Verbindung von linksextremistischer Symbolik mit Gewalthandlungen.

Gebet vor Rathäusern geplant

Die ICEJ Deutschland ruft für den 31. Oktober um 16 Uhr zu einem deutschlandweiten Gebet auf. Christen sollen vor das Rathaus ihrer Stadt gehen und „frei oder mit Hilfe der Psalmen für ihre Stadt und unsere Regierung“ beten. Das Gebet sei ausdrücklich keine politische Versammlung oder Demonstration. Die Verantwortung liege bei jedem Einzelnen. „Nehmen Sie keine Fahnen und Slogans mit, nur Ihre Bibel“, heißt es in dem Aufruf. Es soll besonders um „Gnade für Deutschland“ sowie für eine „neue Hinwendung zum Gott der Bibel“ und die junge Generation gebetet werden, ergänzte Bühler.

Deutschland: Kauft die Zeit aus!

Veranstaltungstipp: „Tage der verfolgten Gemeinde“ – Langensteinbacher Höhe

Kauft die Zeit aus!

(HMK) Unter diesem Wort stehen die „Tage der verfolgten Gemeinde 2026“. Vom **25. bis zum 29. November** (*in der Stimme war zuvor ein falsches Startdatum abgedruckt*) laden bewegende Zeugnisse ein, den Blick auf Christen aus China und Uganda zu richten, die ihren Glauben unter schwierigsten Umständen treu leben. Die Veranstaltung wird im Konferenzzentrum der Langensteinbacher Höhe stattfinden und auch die Anmeldung erfolgt über die LaHoe.

[Zur Anmeldung](#)

Referate und Impulse aus Gottes Wort ermutigen, Jesus selbst kompromisslos nachzufolgen und die Zeit auszukaufen. Gemeinsam wollen wir den Blick auf die weltweite Gemeinde Jesu richten und von Christen in der Verfolgung lernen! Im Programm stehen Themen wie „**Wofür es sich zu kämpfen lohnt**“ (Pastor Wolfgang Nestvogel), „**Dem Ziel entgegen**“ (Christian Wegert), „**Bloß keine Zivilreligion**“ (Stefan Felber) sowie Berichte zur Situation der Gemeinde Jesu in China und Uganda.

Der Samstag wird als besonderer Missionstag mit bewegenden Zeugnissen gestaltet. Herzliche Einladung an alle aus nah und fern.

In unserem Flyer erhalten Sie konkrete Informationen (Ablauf, Redner, Kosten usw.).

[Zum Flyer](#)

Sie benötigen noch weitere Informationen oder es sind noch Fragen offen geblieben? Dann melden Sie sich gerne telefonisch unter der **06445 612440** oder per Mail an **info@verfolgte-christen.org**

Deutschland: Kirchen verurteilen Drohbrief gegen jüdische Gemeinde

Anonymer Verfasser drohte, die Synagoge in Speyer in die Luft zu sprengen

Speyer (IDEA) – Die Kirchen haben Drohungen gegen die Jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz in Speyer scharf verurteilt. Sie hatte am 16. Oktober einen anonymen Drohbrief erhalten, in dem der Verfasser drohte, die Synagoge der Gemeinde in die Luft zu sprengen. Auch fremdenfeindliche Äußerungen waren enthalten. Laut Polizei war in dem Brief auch eine weiße Substanz, die sich als harmlos herausstellte. In einem gemeinsamen Schreiben bringen die Evangelische Kirche der Pfalz und das Bistum Speyer ihre Erschütterung über die Tat zum Ausdruck und bekunden ihre Solidarität mit der Kultusgemeinde. Wörtlich heißt es: „Eine Drohung gegen eine Synagoge ist ein Angriff auf Menschen, ihre Religionsfreiheit und gegen das selbstverständliche Recht, den jüdischen Glauben ohne Angst und Einschüchterung leben zu können.“ Man stelle sich Antisemitismus, Hass und jeder Form der Bedrohung jüdischen Lebens „klar entgegen“. Auch Ministerpräsident Gordon Schnieder (CDU) verurteilte die Tat: „Wer eine jüdische Gemeinde mit Hassbotschaften und Einschüchterungsversuchen bedroht, greift jüdisches Leben in unserem ganzen Land an.“

Deutschland: Samaritan's Purse kritisiert Berliner Erotikmesse „Venus“

Vorstand: Die Messe normalisiert Prostitution und sexuelle Ausbeutung

Berlin (IDEA) – Das christliche Hilfswerk Samaritan's Purse (Berlin) hat die Erotikmesse „Venus“ sowie die öffentliche Werbung dafür kritisiert. Die Veranstaltung gilt als eine der weltweit größten Messen in der Sexindustrie Europas und findet vom 22. bis 25. Oktober in Berlin statt. Auf der „Venus“ präsentieren sich laut Samaritan's Purse Unternehmen und Akteure einer Branche, die mit sexuellen Darstellungen, pornografischen Inhalten und erotischer Unterhaltung Geschäfte machen. Die Inszenierung als öffentliches Event trage dazu bei, Prostitution und Pornografie weiter zu normalisieren. Wie zerstörerisch dieses Umfeld sei, erlebe das Werk in der eigenen Arbeit. Mit dem Projekt „Alabaster Jar“ unterstützt die Organisation in Berlin Frauen in der Prostitution. Die Mitarbeiterinnen begegneten in den Clubs und auf den Straßen Berlins weit überwiegend Frauen, deren Lebensgeschichten von wirtschaftlicher Not, Abhängigkeiten, Gewalt und fehlenden Alternativen geprägt seien. „Ihre Erfahrungen zeigen, wie groß die Kluft zwischen der öffentlichen Inszenierung von käuflicher Sexualität als selbstbestimmtem Lifestyle und der Lebenswirklichkeit vieler Frauen ist“, erklärte Marina Nobiling, die zusammen mit Sylke Busenbender den Vorstand des deutschen Zweiges der Organisation bildet. Das Werk beanstandet das Menschenbild, das hinter der Kommerzialisierung von Sexualität stehe. „Eine Gesellschaft kann nicht glaubwürdig die Würde von Frauen verteidigen, ohne sich zugleich kritisch mit der Vermarktung sexueller Verfügbarkeit auseinanderzusetzen“, so Nobiling. Man könne Gewalt gegen Frauen und sexuelle Ausbeutung nicht bekämpfen, wenn andererseits eine Branche gefeiert werde, die mit der Zurschaustellung und sexuellen Vermarktung von Menschen Geld verdiene. Schon die Werbebilder in der Stadt seien nicht folgenlos: „Sie prägen die Vorstellung davon, was Frauen ausmacht und wie Männer ihnen begegnen dürfen.“

„Markt in den Blick nehmen“

„Als Christen glauben wir: Jeder Mensch ist von Gott geschaffen. Seine Würde ist gottgegeben und damit unverfügbar“, so Nobiling. Das sei aber keineswegs allein eine Frage des Glaubens. Auch das gesamte Rechtssystem beruhe auf der Voraussetzung der Unantastbarkeit der Menschenwürde. Löse man sich von diesem Menschenbild, habe dies weitreichende Folgen. Es entstehe eine Zweiklassengesellschaft, in der die Selbstbestimmung der einen geschützt und die Ausbeutung der anderen in Kauf genommen werde. Zugleich sei Deutschland schon jetzt ein Absatzmarkt für internationalen Menschenhandel. „Wer Menschenhandel bekämpfen will, muss den Markt in den Blick nehmen, der die Ausbeutung profitabel macht“, so Nobiling. Veranstaltungen wie die „Venus“ seien ein Motor dieses Marktes.

50 Millionen Menschen in moderner Sklaverei

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO/Genf), einer UN-Sonderorganisation, leben weltweit rund 50 Millionen Menschen in moderner Sklaverei, darunter mehr als zwölf Millionen Kinder. Samaritan's Purse engagiert sich gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung. Das Werk organisiert für den 23. Oktober in Berlin einen [Gebetsmarsch](#). Das Hilfswerk ist vor allem durch die Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“ bekannt. Internationaler Präsident von Samaritan's Purse ist der Evangelist Franklin Graham (Charlotte/US-Bundesstaat North Carolina).

Deutschland: Veranstalter verteidigt Sedra-Auftritt in Garching

„Reviving The World“: „Klare Verkündigung“ sei „kein Ausdruck von Lieblosigkeit“

Dunningen (IDEA) – Die Debatte um den Auftritt der australischen Prediger Martin und Millicent Sedra in Garching bei München hält an. Das Ehepaar war zuvor von dem Jugendfestival der „Holy Spirit Night“ im Gospel Forum Stuttgart [ausgeladen](#) worden. Als Begründung wurde angeführt, dass die Art und Weise, wie die Sedras über Menschen – insbesondere über Homosexuelle, Muslime und Andersdenkende – sprächen, nicht mit den Werten übereinstimme, für die die „Holy Spirit Night“ stehe. Martin Sedra hatte in einer bei YouTube veröffentlichten Predigt an Homosexuelle gerichtet unter anderem gesagt: „Turn or burn!“ („Kehrt um oder verbrennt!“). Veranstalter des Auftritts in Garching war der Verein „Reviving The World“ (Dunningen bei Rottweil). Vereinsvorstand David Rotärmel wies auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA die Kritik am Verkündigungsstil der Sedras zurück. Eine Predigt dürfe „leidenschaftlich, direkt und herausfordernd sein, ohne deshalb automatisch aggressiv oder lieblos zu sein“, so Rotärmel. Er habe die Sedras nach der Stuttgarter Ausladung bewusst nach Garching eingeladen, „weil ich ihnen die Möglichkeit geben wollte, ihre Botschaft zu verkündigen“. Er stehe dafür ein, dass auch als „kontrovers“ bezeichnete christliche Überzeugungen öffentlich ausgesprochen und sachlich diskutiert werden könnten. Die Sedras verträten „rein theologisch die Bibel und die Wahrheiten des Wortes Gottes“.

Rotärmel: „Furchtlosigkeit auf der Kanzel“ sei „dringend notwendig“

Wie Rotärmel weiter ausführte, schätzt er an den Sedras, dass sie auch gesellschaftlich kontroverse Themen ansprechen und biblische Aussagen „direkt und unverkürzt“ wiedergäben. Eine solche „Furchtlosigkeit auf der Kanzel“ halte er heute für selten und dringend notwendig. Zugleich betonte er, dass die Art der Vermittlung nicht grundsätzlich jeder Kritik entzogen sein solle: „Natürlich ist es wichtig, Menschen mit Würde zu begegnen.“ Eine Botschaft sei aber nicht schon deshalb lieblos, weil sie widerspreche, herausfordere oder unbequem sei. Er wünsche sich, dass in der Debatte stärker auf die tatsächlichen Aussagen und ihre biblische Grundlage eingegangen werde, „statt klare Verkündigung vorschnell als Hetze einzuordnen“. Rotärmel sieht in der Kontroverse auch eine grundsätzliche Herausforderung für den Leib Christi in Deutschland: „Kann es sein, dass wir so politisch korrekt geworden sind, dass wir nicht mehr den Mut haben, für die Klarheit des Wortes Gottes einzustehen?“ Wenn dies der Fall sei, müsse das herausgefordert werden.

Vorwürfe der EZW an einer Stelle falsch

Nach dem Auftritt der Sedras warf die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW/Berlin), ihnen auf Instagram vor, in ihren Predigten gegen die LGBTQ-Bewegung, den Islam und Abtreibungen [gehetzt](#) zu haben. Schwule seien in einer „hochaggressiven Rhetorik“ mit Mördern verglichen worden. Rotärmel wies die Darstellung, Schwule seien mit Mördern verglichen worden, zurück. Auf IDEA-Nachfrage räumte EZW-Referentin Katharina Portmann den [Fehler ein](#). Rotärmel entgegnete auf die Kritik der EZW: „In unserer Gesellschaft muss es möglich sein, unterschiedliche Auffassungen über gewisse Fragen zu vertreten und zu diskutieren. Das gilt auch für konservative christliche Positionen.“ Meinungsfreiheit bedeute dabei nicht, von Kritik verschont zu bleiben. Sie bedeute aber, dass Kritik fair, präzise und auf Grundlage dessen erfolgen sollte, was tatsächlich gesagt wurde.

Zur Ausladung durch Markus Wenz

Zur Ausladung der Sedras von der „Holy Spirit Night“ durch den Leiter des Gospel Forums Stuttgart, Markus Wenz, wollte Rotärmel nicht „spekulieren“. Auch unter Christen mit konservativer Theologie könne es „unterschiedliche Auffassungen über die Form und den Stil der Verkündigung geben“. Er sei selbst ein guter Freund von Wenz und bei der diesjährigen Veranstaltung dabei gewesen. Dort hätten – wie in jedem Jahr – „Hunderte von Menschen ihr Leben Jesus gegeben“. Das klare Evangelium sei gepredigt und Menschen aufgefordert worden, „durch Buße und Glauben ihr Leben Jesus zu geben“. Er schätze das Gospel Forum und die Bewegung hinter der „Holy Spirit Night“.

Indien: Übergriff während einer Bibelkonferenz

Der Verband der katholischen Laien fordert eine Untersuchung

Kalkutta (Fides) – „Wir bekunden unsere Solidarität mit den Gläubigen der Diözese Krishnanagar, der Erzdiözese Kalkutta und allen christlichen Gemeinschaften in Westbengalen. Wir stehen an der Seite der christlichen Santhal-Gemeinschaft, deren Anspruch, den Gottesdienst in ihrer eigenen Sprache zu feiern, ein verfassungsmäßiges Recht ist, das geschützt werden muss.“ Dies erklärt die „All India Catholic Union“ (AICU), eine Organisation indischer katholischer Laien, in einer an Fides gesendeten Erklärung und bringt dabei ihre Bestürzung über den Angriff zum Ausdruck, den eine Gruppe von Randalierern am 9. Oktober 2026 auf die katholische Kirche St. Ludwig in Jalalkhali am Stadtrand von Krishnanagar im Bundesstaat Westbengalen verübt hat.

Der Angriff unterbrach eine viertägige Bibelkonferenz, die von der örtlichen Santhal-Gemeinde der Diözese Krishnanagar organisiert worden war. An der Veranstaltung nahmen über 1.900 Gläubige teil, die aus verschiedenen Teilen des Bundesstaates angereist waren.

Augenzeugenberichten zufolge versammelte sich eine Gruppe von etwa 200 Personen in der Nähe der Kirche und skandierte provokative Parolen. Einige Personen drangen anschließend mit Bambusstangen und Ziegelsteinen bewaffnet in den Raum ein, zerstörten Dekorationen und Transparente, warfen Steine ins Gebetszimmer und griffen die Gläubigen an. Die Schutzverglasung einer Jesus-Christus-Statue wurde zerschlagen, und mindestens sechs Personen wurden verletzt. Die örtlichen Katholiken, die hinausgingen, um zu protestieren, wurden angegriffen.

Der Bischof von Krishnanagar, Nirmol Vincent Gomes, bezeichnete den Angriff als „vorsätzlich“ und als „den schwersten Gewaltakt, den seine Diözese je erlebt hat“. Die Diözese hat bei der Polizei von Krishnanagar offiziell Anzeige erstattet und dabei auf Artikel 25 der indischen Verfassung verwiesen, der die Glaubensfreiheit und das Recht garantiert, die eigene Religion frei zu bekennen, auszuüben und zu verbreiten. Es wird betont, dass es sich bei den anwesenden Gläubigen ausschließlich um bereits getaufte Christen handelte; folglich ist jeder Vorwurf des „Proselytismus“ oder eines Bekehrungsversuchs unbegründet.

Im Zusammenhang mit diesem schwerwiegenden Vorfall fordert die AICU die Regierung auf, eine Untersuchung einzuleiten und den Stand aller formellen Anzeigen (FIR, „First Information Report“) offenzulegen, die im Zusammenhang mit den Gewalttaten gegen christliche Gemeinschaften erstattet wurden. Die Organisation empfiehlt zudem, sich mit den Pfarrern, Diözesen und Kirchen abzustimmen und vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, sofern glaubwürdige Bedrohungen vorliegen. Die AICU fordert weiter die Nationale Menschenrechtskommission, die Nationale Minderheitenkommission und die Menschenrechtskommission von Westbengalen auf, eine unabhängige Untersuchung einzuleiten, um sicherzustellen, dass die Religionsfreiheit in jedem Bundesstaat der Union geschützt wird.

Der Vorfall in Jalalkhali, so die AICU, ist Teil eines von Feindseligkeiten geprägten Klimas, das sich nach Angaben der Organisation verschärft hat, seit die Bharatiya Janata Party im Mai 2026 die Regierung in Westbengalen übernommen hat. „Man muss sich fragen, ob die Polizei und die Landesregierung in der Lage oder willens sind, die verfassungsmäßigen Rechte der Christen und anderer Gemeinschaften zu schützen“, bemerkt Alexander Anthony, nationaler Vizepräsident der AICU, und kündigt an, dass die Organisation eine öffentliche Demonstration im Bundesstaat plane.

Anthony weist darauf hin, dass Westbengalen sich zu Chhattisgarh, Odisha und Uttar Pradesh in die Liste der Bundesstaaten einreihen könnte, die „durch häufige Vorfälle antichristlicher Gewalt gekennzeichnet“ sind, und fordert „ein öffentliches Eingreifen des Ministerpräsidenten des Bundesstaates, damit er klar zum Ausdruck bringt, dass solche Gewalttaten nicht toleriert werden“.

„Wir beobachten mit besonderer Besorgnis“, fügt er hinzu, „dass die Verantwortlichen für die Gewalttaten auf den jüngsten Regierungswechsel im Bundesstaat Bezug genommen haben.“ In Barasat haben am 12. Juli (siehe Fides 14.7.2026) Vertreter radikaler hinduistischer Gruppen die Salesianerinnen bedroht und erklärt, dass ihre Tätigkeit nun, da die Bharatiya Janata Party in Westbengalen an der Macht ist, nicht mehr erlaubt sei.“ Der Vertreter der AICU schließt mit den Worten: „Wir erinnern daran, dass die Artikel 14, 21 und 25 der Verfassung das Recht jeder Religionsgemeinschaft in Indien schützen, ihren Glauben zu bekennen und auszuüben.“

(PA) (Fides, 14/10/2026)

Iran: Zahra Gholami aus der Haft entlassen

Die Konvertitin war zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden

Teheran/London (IDEA) – Die iranische Christin Zahra (Hannah) Gholami ist aus der Haft entlassen worden. Das gab die Menschenrechtsorganisation „Article 18“ (London) am 16. Oktober bekannt. Demnach wurde der 36-Jährigen Anfang Oktober mitgeteilt, dass sie im Rahmen einer allgemeinen Amnestie begnadigt worden sei. Die genauen Gründe für die Begnadigung sind bislang nicht bekannt. Damit muss die Konvertitin die verbleibende Zeit ihrer zweijährigen Haftstrafe nicht mehr verbüßen. Insgesamt verbrachte Gholami rund die Hälfte ihrer Strafe hinter Gittern. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten Gholami zur „[Gefangenen des Monats August 2026](#)“ benannt und dazu aufgerufen, sich in Briefen an den iranischen Präsidenten Massud Peseschkian für ihre Freilassung einzusetzen.

Festnahme bei Razzia in Hauskirche

Gholami war am 11. Dezember 2023 bei einer Razzia in der Bezirkshauptstadt Shahriar festgenommen worden. Rund 30 Geheimdienstmitarbeiter hatten den Gottesdienst einer Hauskirche gestürmt, zu dem sich etwa zwei Dutzend Personen versammelt hatten. Die iranischen Behörden betrachten Hauskirchen als „staatsfeindliche“ Gruppen. Am 2. Juli 2024 verurteilte das Revolutionsgericht des Bezirks Shahriar Gholami wegen „Gründung“ und „Mitgliedschaft“ in einer „Gruppe oder Vereinigung mit dem Ziel, die nationale Sicherheit zu untergraben“ zu zwei Jahren Haft. Nachdem die Rechtsmittel erfolglos waren, musste die Christin die Haft im November 2025 antreten. Hinter Gittern erkrankte sie und durfte im Februar 2026 einen mehrmonatigen Hafturlaub aus medizinischen Gründen antreten. Am 29. Juni musste Gholami zurückkehren. Laut „Article 18“ wurde ihr im August mitgeteilt, dass sie den Rest ihrer Strafe außerhalb der Haftanstalt verbringen könne, indem sie sich täglich zur Arbeit in einer staatlichen Fabrik melde. Rund zwei Monate später folgte nun die vollständige Freilassung. Von den rund 90 Millionen Einwohnern Irans sind etwa 98 Prozent Muslime. Der Anteil der Christen liegt laut Schätzungen christlicher Hilfswerke bei rund einem Prozent.

Israel: Siedler randalieren

Festnahmen nach Angriffen auf Journalistin und europäische Politiker

RAMALLAH (inn) – Nach mehreren Gewaltvorfällen am Wochenende im Westjordanland hat die israelische Polizei nach eigenen Angaben zehn verdächtige Siedler festgenommen und verhört. Sie sollen vor Gericht gestellt werden. Zudem wurden illegale Außenposten in Samaria geräumt, teilte die Behörde am Montagmorgen mit. Mehrere Fahrzeuge seien beschlagnahmt und Beweismaterial sichergestellt worden.

Wie die Nachrichtenseite „Times of Israel“ berichtet, trägt die Polizeioperation den Namen „Olivenblatt“. Denn es geht dabei um Gewalt gegen Palästinenser während der Olivenernte. Auch der Inlandsgeheimdienst Schabak und die Armee beteiligten sich.

Fotojournalistin verletzt

Ein Vorfall ereignete sich am Freitag in der Ortschaft Abu Falah bei Ramallah. Dabei begaben sich nach Angaben von Augenzeugen etwa 80 Siedler, von denen viele maskiert waren, zum Olivenhain. Sie warfen Steine mit Schleudern auf Dorfbewohner, Palästinenser warfen Steine zurück. Der Bauer Muta Abdelhadi sagte: „Die Siedler wollen uns angreifen und uns aus unseren Häusern vertreiben.“

Zudem verprügelten Siedler eine Fotojournalistin der „Washington Post“, Heidi Levine. Nach Angaben ihres Arbeitgebers brach sie sich eine Rippe und vier Wirbel. Zudem sei ein Finger aufgerissen, so dass der Knochen hervortrat. Palästinensische Kollegen hätten sich dazwischengestellt.

Sanitäter brachten Levine über Abu Falah nach Ramallah. Vom Krankenhausbett aus sagte sie: „Ich wurde angegriffen, auf den Boden gedrückt. Zum Glück hatte ich meine kugelsichere Jacke und den Helm. Sonst wäre ich vermutlich nicht mehr hier, weil sie immer weiter auf mich eingetreten haben.“

Israelischer Botschafter: Gewalttäter vor Gericht bringen

Der israelische Botschafter in den USA, Jechiel Leiter, sagte auf eine entsprechende Frage des Senders CNN: „Diejenigen, die die Gewalt ausüben, müssen vor Gericht gebracht werden.“

Das Regierungsamt verurteilte „unzweideutig Gewalt gegen jeden“. Doch „ernsthafte Fragen bleiben“. Es gebe Berichte, nach denen „etwa 200 Araber und linksradikale Aktivisten sich etwa 40 jungen Israelis entgegengestellt“ hätten. Das vorhandene Material zeige Gewalt von beiden Seiten.

Aus dem Siedlerrat hieß es indes, „Hunderte Terroristen und Anarchisten“ hätten Steine und Feuerwerkskörper direkt gegen Israelis gerichtet. Der Regionalrat Binjamin bezeichnete den Vorfall als „geplante Provokation“: Journalisten hätten sich hinter die Israelis gestellt und deren Reaktion gefilmt.

US-Außenminister Marco Rubio (Republikaner) verurteilte den Angriff. Die Regierung sei „sehr beunruhigt über jene Bilder“, sie erwarte von Israel Handeln. Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Jerusalem, Mike Huckabee, sagte, die Einzelheiten würden noch untersucht. „Aber diejenigen, die eine unbewaffnete Reporterin angegriffen haben, sollten Jahre im Gefängnis verbringen.“ Der Angriff auf eine Fotojournalistin sei „ein abscheulicher Terrorakt, der von maskierten Feiglingen begangen wurde“.

Politiker angegriffen

Am Samstagnachmittag griffen sieben Männer in der christlichen Ortschaft Taibeh Fahrzeuge an, in denen sich europäische Politiker befanden. Einer erzählte der israelischen Zeitung „Yediot Aharonot“: „Die Bewohner von Taibeh haben Politiker und Friedensaktivisten zur Olivenernte eingeladen, um sie zu beschützen. Plötzlich hörten wir, dass Siedler sich näherten, also stiegen wir sofort ins Auto und fuhren los. Ich sah maskierte Siedler, die Stöcke und metallene Brechstangen trugen, auf uns zulaufen. Es war klar, dass sie keine guten Absichten hatten. Es war beängstigend. Sie waren nicht gekommen, um Oliven zu ernten.“

Das israelische Regierungsamt erklärte: „Die diplomatische Delegation betrat eine erweiterte Schutzzone mit einer Geschichte von Konfrontationen ohne vorherige Abstimmung mit der israelischen Armee, wie es das Militär offiziell bestätigt hat.“ Eine solche Abstimmung sei unabdingbar, um Diplomaten zu schützen und Gewalt zu verhindern. „Am Besuch nahm auch Bernard Baudoux teil, ein Bürgermeister der französischen Kommunistischen Partei, der zuvor die palästinensische Flagge über seinem Rathaus gehisst hatte, woraufhin die französischen Behörden gezwungen waren, sie zu entfernen.“

Bildmaterial zeige Personen, die sich einem Diplomatenfahrzeug entgegenstellten. Oder auch eine zerschmetterte Fensterscheibe und eine Person, die auf dem Boden liegt. Doch „diese Bilder allein schaffen nicht die vollständige Ereignisfolge oder die individuelle Verantwortung. Jene Umstände werden weiter untersucht“. Die Berichte kämen in einer Zeit der „Sorge vor einer koordinierten Kampagne, um Israel während der jährlichen Olivenernte zu verleumden, wobei man sich auf sensationelle Schlagzeilen verlässt, bevor die vollständigen Fakten zutage treten“.

Kritik an offizieller israelischer Stellungnahme

Die Politiker stammten aus Belgien, Polen und Frankreich. „Wir kamen mit Sicherheitspersonal, und das ist absurd, weil es ein Gebiet unter israelische Kontrolle ist“, sagte der schon genannte Politiker. Er habe erst dadurch begriffen, wie furchtbar die Gewalt für die Bewohner sei, die ihren Lebensunterhalt mittels der Olivenernte bestritten.

Israel: Übergriffe auf Christen in Israel nehmen weiter zu

Vor allem in der Jerusalemer Altstadt werden Christen belästigt

Jerusalem (IDEA) – Die Zahl der Übergriffe auf Christen in Israel ist im dritten Quartal dieses Jahres erneut gestiegen. Das geht aus dem jüngsten Bericht des israelischen Religious Freedom Data Centers (RFDC/Jerusalem) hervor. Die Forschungsgruppe verzeichnete zwischen Juli und September 96 Vorfälle, bei denen insgesamt 106 „Belästigungshandlungen“ dokumentiert wurden. Die Differenz ergibt sich daraus, dass bei einem einzelnen Vorfall mehrere Übergriffsformen gleichzeitig auftreten können – etwa wenn ein Täter das Opfer zugleich beschimpft und anspuckt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat sich die Zahl der Übergriffe mehr als verdreifacht. Im dritten Quartal 2025 hatte die Dokumentationsstelle 31 antichristliche Vorfälle in Israel registriert. Insgesamt lag die Zahl der Vorfälle im [vergangenen Jahr](#) bei 181. In diesem Jahr summieren sich die bislang erfassten Fälle bereits auf 233 und übersteigen damit den Vorjahreswert deutlich. Die mit Abstand häufigste Form der Belästigung war mit 73 Prozent das Anspucken – entweder von Christen selbst oder von deren Kirchen und Gebäuden. Weitere Handlungen waren verbale Gewalt (acht Prozent), körperliche Gewalt (fünf Prozent), das Werfen von Gegenständen (vier Prozent), Vandalismus (drei Prozent), Beschädigung von Beschilderungen (drei Prozent), Drohungen (ein Prozent) und weitere Attacken (drei Prozent). Ein Großteil (92 Prozent) der dokumentierten Vorfälle ereignete sich in Jerusalem – 88 Prozent davon in der Altstadt. Bereits im zweiten Quartal dieses Jahres meldete das RFDC insgesamt 63 antichristliche Angriffe. Das RFDC ordnet die Täter mutmaßlich meist ultraorthodoxen Juden zu. In einigen Fällen hätten Täter ihr Verhalten mit religiösen Geboten begründet. Die Dokumentationsstelle schätzt, dass sich jeden Monat Dutzende weitere Fälle ereignen, die nicht gemeldet oder dokumentiert werden. Deswegen ruft sie leitende Kirchenmitarbeiter, Gemeinden und Behörden dazu auf, die Vorfälle weiterzugeben.

Kasachstan: Versteckte Kamera, Prozess und danach Gefängnis?

IIRF-D/AKREF-A/Tübingen/16.10.2026 – Zhakipbek Ormanov und 8 andere Muslime stehen in Taldykorgan vor Gericht. Die Anklage lautet Mitgliedschaft in der verbotenen muslimischen Missionsbewegung Tabligh Jamaat. Ihnen drohen bis zu zwei Jahre Haft. Die Geheimpolizei NSC versteckte eine Kamera in Ormanovs Wohnung und nahm Gespräche auf, auch über religiöse Themen. „Sie haben niemand umgebracht. Sie haben nicht dazu aufgerufen, jemand umzubringen“, erklärte die stellvertretende Leiterin des regionalen Forschungszentrums für religiöse Angelegenheiten und Rehabilitation gegenüber Forum 18. Der Ermittlungsbeamte der Geheimpolizei Nurbol Zhananov weigerte sich, die Frage zu beantworten, wem die Männer geschadet hätten.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 25. September 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Kenia: Sektenführer Mackenzie und 28 weitere Täter schuldig gesprochen

Gericht verurteilt Verantwortliche für den Tod von 190 Kindern

Mombasa (IDEA) – In Kenia hat ein Gericht den Sektenprediger [Paul Nthenge Mackenzie](#) und 28 Mitangeklagte in 191 Fällen wegen Mordes schuldig gesprochen. Das berichtete der kenianische Staatssender KBC (Kenya Broadcasting Corporation). Richterin Diana Kavedza verkündete das Urteil am 19. Oktober in Mombasa. Sie wies das Argument der Verteidigung zurück, die Opfer hätten sich freiwillig zu Tode gefastet. Unter den 191 Getöteten waren 190 Kinder. Zum Hintergrund: Im April 2023 waren in Shakahola im Südosten des Landes zahlreiche Leichen [entdeckt](#) worden. Bisher wurden über 400 Todesopfer identifiziert. Wie die Zeitung „Mount Kenya Times“ berichtet, hat der Fall eine Debatte über eine strengere Kontrolle religiöser Gemeinschaften in dem ostafrikanischen Land ausgelöst. Es sei insbesondere fraglich, wieso Mackenzie erst 2023 angeklagt worden sei, obwohl dessen Aktivitäten bereits 2017 die Aufmerksamkeit der Polizei erregt hätten. Außerdem gebe es noch viele weitere Opfer: Erst im Januar 2026 sei Mackenzie wegen 52 weiterer Leichen angeklagt worden, die in einem nahegelegenen Dorf gefunden worden waren. Ein Angehöriger der Opfer, der acht Familienangehörige, darunter eine Tochter und zwei Enkelkinder, verloren hat, sagte vor der Sitzung: „Wir erwarten ein Urteil, das der gesamten Öffentlichkeit eine Lehre sein wird, damit so etwas nie wieder geschieht.“

Kinder wurden dem Hungertod ausgesetzt

Laut KBC stellte das Gericht fest, dass die Todesfälle aus einem organisierten System resultierten, in dem religiöse Lehren und eine strenge Hierarchie dazu dienten, tödliches Fasten unter Mackenzies Anhängern anzuordnen und durchzusetzen. Richterin Kavedza befand, dass Mackenzies „Good News International Church“ als Sekte operierte. Er habe das bevorstehende Ende der Welt gepredigt, moderne Medizin und formale Bildung abgelehnt, Anhänger von der Außenwelt isoliert und Fasten als Mittel propagiert, in den Himmel zu gelangen. Die Anklage legte Beweise dafür vor, dass Kinder gefangen gehalten, ihnen Nahrung verweigert und sie bestraft worden seien, wenn sie versucht hätten zu essen oder zu fliehen. Zeugen beschrieben, wie sie das Leiden und Sterben von Geschwistern und anderen Minderjährigen mit ansehen mussten. Die Strafmaßverkündung ist der „Mount Kenya Times“ zufolge für den 6. November angesetzt. Theoretisch droht den Angeklagten die Todesstrafe. Da ihr Vollzug allerdings ausgesetzt ist, könnte es auf eine lebenslängliche Haftstrafe hinauslaufen. Mackenzies Verteidiger Lawrence Obonyo kündigte bereits an, Berufung einzulegen. Rund 86 Prozent der etwa 58 Millionen Einwohner Kenias sind Christen, elf Prozent Muslime.

Libyen: Nach fast zwei Jahren Gefangenschaft

wurden Eva Gretzmacher und Claudia Abbt freigelassen

Bengasi (Fides) – Die Österreicherin Eva Gretzmacher und die Schweizerin Claudia Abbt, die 2025 in Agadez im Niger getrennt voneinander entführt worden waren, sind freigelassen worden. Dies berichtet die nigerianische Nachrichtenagentur Air Info, wonach die beiden humanitären Helferinnen am Mittwoch, dem 21. Oktober, in Bengasi im Osten Libyens eingetroffen sind.

Den veröffentlichten Informationen zufolge sollte heute, am Donnerstag, dem 22. Oktober, ein Flugzeug von Bengasi aus starten, mit einem Zwischenstopp in Wien, um Eva Gretzmacher den österreichischen Behörden zu übergeben, und anschließend mit Claudia Abbt weiter in die Schweiz fliegen. Die genauen Umstände ihrer Freilassung wurden nicht bekannt gegeben.

Eva Gretzmacher war am 11. Januar 2025 in ihrer Wohnung in Agadez entführt worden. Claudia Abbt war im April desselben Jahres in derselben Stadt entführt worden. Verschiedene Quellen haben beide Entführungen dem Islamischen Staat im Sahel (EIS) zugeschrieben. Gerüchten zufolge soll Saddam Haftar, Sohn des libyschen Marschalls Khalifa Haftar, eine entscheidende Rolle bei ihrer Freilassung gespielt haben. Diese Beteiligung wurde jedoch nicht offiziell bestätigt.

(AP) (Fides 22/10/2026)

Malawi: Ein Evangelist erzählt

„Meine Frau und ich sind in ein armes Dorf gefahren, um älteren Menschen und Witwen zu helfen und das Evangelium zu verkünden. Wir haben Kleidung, Seife, Speiseöl, 5 kg Reis pro Person und eine Bibel in Chichewa an jeden Haushalt verteilt, dem wir helfen konnten. Diesen Menschen fehlt es an vielen Dingen. Wir beten darum, Land kaufen zu können, um dort auf einem Bauernhof Nahrungsmittel für Waisenkinder anzubauen. Außerdem brauchen wir Möbel für die Häuser, wie Betten und Matratzen für alle Waisenkinder und Witwen.

„Wir haben mehr als zwanzig Gemeinden, aber die meisten von ihnen versammeln sich unter Bäumen. Sie brauchen Land und Gebäude, aber wir helfen ihnen auch dabei, Waisenkinder zu ernähren und Schulgebühren zu bezahlen, denn ohne Bildung haben Kinder keine Zukunft. „Ich habe acht weitere Regionen für unser Ziel, Gemeinden zu gründen, ausgewiesen. Wir führen auch weitere Führungsseminare darüber durch, wie man mehr Seelen für Gottes Reich gewinnen kann, und derzeit bilden wir

20 junge Menschen in der Evangelisation aus.“

Bridgeway aus WORLDNEWS 335 Bridgeway Publications 15 September 2026, übersetzt und bearbeitet AKREF

Myanmar: "Missionare der Hoffnung"

In einem vom Krieg gezeichneten Land sind Kinder dazu aufgerufen, „Missionare der Hoffnung“ zu sein

Yangon (Fides) – In einer Situation des Leidens und der Not, inmitten unzähliger Schwierigkeiten, „auch du kannst heute ein Missionar der Hoffnung werden“: so lautete der Aufruf, der während des Treffens von über 1.650 Kindern und Jugendlichen erklang, die von den Päpstlichen Missionswerken in Myanmar am 18. Oktober 2026 in der katholischen Kirche Mariä Himmelfahrt in Twantay in der Erzdiözese Yangon versammelt worden waren, um den Weltmissionssonntag zu begehen. Kardinal Charles Maung Bo, Erzbischof von Yangon, leitete die Eucharistiefeier und ermutigte die anwesenden Jugendlichen, „Missionare zu werden und die Liebe Jesu in ihrem täglichen Leben weiterzugeben“. Die Evangelisierung, so erinnerte der Kardinal, „ist keine Aufgabe, die auf Priester, Ordensschwestern, Bischöfe oder Erwachsene beschränkt ist. Auch Kinder können überall dort Missionare werden, wo sie leben, lernen und anderen Menschen begegnen, vor allem ihren Gleichaltrigen“. „Ihr müsst nicht warten, bis ihr erwachsen seid, um Missionare zu werden. Ihr könnt es schon heute sein“, sagte er zu den Anwesenden.

In seiner Auslegung der Bibelstelle „Steh auf, werde licht, denn es kommt dein Licht“ (Jes 60,1) ermutigte der Kardinal die Kinder, „Lichter Christi zu werden durch kleine Gesten der Freundlichkeit, wie zum Beispiel einsame Mitschüler willkommen zu heißen, Essen mit Bedürftigen zu teilen, anderen zu helfen und Kindern beizustehen, die gemobbt oder ausgegrenzt werden“. Der Erzbischof von Yangon betonte, dass „die Menschen der Liebe Jesu sowohl durch Worte als auch durch das Zeugnis begegnen können“, und erinnerte daran, dass „ihr bei diesem Werk nicht allein seid, denn Jesus hat versprochen: Ich bin jeden Tag bei euch, bis zum Ende der Welt“.

Der missionarische Weg, fügte er hinzu, „beginnt in den Häusern, in den Schulen, in den Pfarreien und in den Gemeinschaften, indem man seinen eigenen Familien dient, andere aufnimmt, mit den Armen teilt, für die Leidenden betet und Frieden und Freundschaft zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion fördert“. Insbesondere beginne er „mit der Nähe zu den Kindern und Jugendlichen, die in Myanmar von Konflikten, Hunger, Vertreibung, Krankheiten und anderen Nöten betroffen sind“.

Der Appell berührt eine der schmerzhaftesten Wunden des anhaltenden Konflikts in Myanmar: Laut Berichten internationaler Organisationen wie UNICEF Myanmar und OCHA gibt es im Land über 5 Millionen Kinder in Not, die dringend humanitäre Hilfe und lebensrettenden Schutz benötigen. Über 1,1 Millionen Kinder wurden aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzungen gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen, und haben in provisorischen Flüchtlingslagern oder im Dschungel Zuflucht gesucht: Kinder machen etwa 30 % der insgesamt 3,7 Millionen derzeit in Myanmar registrierten Vertriebenen aus.

In dieser Situation ist die Notlage im Bildungsbereich besonders gravierend: Schätzungen zufolge sind etwa 7 Millionen Kinder nicht in das Schulsystem integriert, während viele Schulen beschädigt und Hunderte von Bildungseinrichtungen bombardiert oder von bewaffneten Gruppen besetzt wurden und so zu militärischen Operationsbasen geworden sind. Ebenso gravierend ist die Lage im Gesundheits- und Ernährungsbereich: Über 40.000 burmesische Kinder leiden unter schwerer akuter Unterernährung und können keine therapeutische Behandlung erhalten, während eine Million Säuglinge keinen Zugang zu Grundimpfungen hatte.

Zudem zeigt sich, wie aus einigen jüngsten journalistischen Recherchen hervorgeht, dass nach fünf Jahren Konflikt das Problem der „Kindersoldaten“ zunimmt, die von ethnischen Milizen oder der Militärjunta rekrutiert werden. Kinder und Jugendliche werden darin ausgebildet, Aufklärungsdrohnen zu steuern und Waffen zu tragen, wobei sie durch ihre direkte Beteiligung am Konflikt – oft an vorderster Front – Traumata erleiden.

Vor dem Hintergrund eines schwerwiegenden Zusammenbruchs der staatlichen Strukturen stellt die katholische Kirche in Myanmar eines der noch aktiven Unterstützungsnetzwerke im Land dar. In verschiedenen Stadtvierteln und in Konfliktgebieten betreiben Ordensgemeinschaften von Frauen Tagesstätten und Unterkünfte, in denen Kinder aller Religionen aufgenommen werden, die sonst Gefahr liefen, auf der Straße zu landen. Sie bieten ihnen Essen, Schutz und außerschulische Aktivitäten und helfen ihnen so, die Traumata des Krieges zu überwinden. In den Diözesen, die am stärksten vom Konflikt und von Instabilität betroffen sind, wie beispielsweise im Kachin-Staat und im Kayah-Staat, wurden die Pfarrkomplexe in dauerhafte Flüchtlingslager umgewandelt, in denen sich Priester und lokale Katecheten nicht nur um die Verteilung von Nahrungsmittelhilfe kümmern, sondern auch dafür sorgen, dass die Kinder Zugang zu außerschulischem Unterricht zur Alphabetisierung erhalten.

Unter Hinweis auf die prekäre Lage in diesem Umfeld erinnerte Pater James Kyaw Lin Htun, Direktor der Päpstlichen Missionswerke in der Erzdiözese Yangon, die Kinder an „die missionarische Verantwortung, andere zu lieben, ihnen zu dienen und für sie zu beten“, vor allem für die Armen und Leidenden, und ermutigte sie, aktiv an der Mission der Kirche teilzunehmen, „um Gottes Liebe, Frieden und Hoffnung in eine verwundete Welt zu tragen“.

(PA) (Fides, 20/10/2026)

Nigeria: Eine „Frau mit Gewissen“- Nigerianische Christin geehrt

Die fünffache Mutter Rhoda Jatau war 19 Monate in Nigeria inhaftiert

Genf (IDEA) – Die Christin Rhoda Jatau aus Nigeria hat den „Shahbaz Bhatti Freedom Award 2026“ (Freiheitspreis) des „First Step Forums (FSF/Thun) erhalten. Die Ehrung fand am 16. Oktober in Genf statt. Das Forum würdigte den außergewöhnlichen Mut und die Standhaftigkeit der fünffachen Mutter. Jatau war 19 Monate lang inhaftiert, weil sie ein Video geteilt hatte, in dem Lynchjustiz verurteilt wurde. Die Behörden warfen ihr unter anderem „Anstacheln zu öffentlichem Aufruhr“ und „Gotteslästerung“ vor. Im Dezember 2023 kam sie auf Kautions frei. Ein Jahr später sprach ein Richter sie von allen Anklagepunkten frei. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten Jatau im November 2022 als „Gefangene des Monats“ benannt und dazu aufgerufen, sich für sie einzusetzen. Der Exekutivdirektor des FSF, Nationalrat Marc Jost (Evangelische Volkspartei), würdigte Jatau als eine Frau, die den „Geist des unerschrockenen Engagements, der stillen Stärke und des starken Glaubens verkörpert“. Sie habe nicht darum gebeten, eine Heldin zu sein. Sie wollte „einfach eine treue Mutter, eine gute Nachbarin und ein Mensch mit Gewissen sein“. Das Forum ehrt jedes Jahr eine Persönlichkeit, die sich mit unerschütterlichem Engagement für die Verteidigung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit sowie weiterer Menschenrechte eingesetzt hat. Der Preis ist nach Shahbaz Bhatti (1968–2011) benannt, Pakistans erstem christlichen Bundesminister, der ermordet wurde, nachdem er die Blasphemiegesetze seines Landes kritisiert hatte. Das First Step Forum ist ein globales Netzwerk von Botschaftern, Parlamentsabgeordneten, Journalisten und ehemaligen Premierministern. Es will religiöse Freiheit und Frieden fördern durch diplomatisches Engagement und Dialog.

Nigeria: Sechs Jahre Haft für ein Lied

Petition fordert Freilassung des nigerianischen Musikers Yahaya Sharif-Aminu

IIRF-D/ADF/Tübingen 20.10.2026 – Seit mehr als sechs Jahren sitzt der junge nigerianische Musiker Yahaya Sharif-Aminu in Haft, weil er im März 2020 ein selbst verfasstes religiöses Lied in einer WhatsApp-Gruppe geteilt hatte. Eine internationale Petition fordert nun Nigerias Präsidenten Bola Ahmed Tinubu auf, sich für seine Freilassung und für die Abschaffung der Blasphemiegesetze im Norden des Landes einzusetzen.

Sharif-Aminu, ein Sufi-Muslim und damit Angehöriger einer religiösen Minderheit, wurde vorgeworfen, mit seinem Liedtext den Propheten Mohammed beleidigt zu haben. Ein Scharia-Gericht im Bundesstaat Kano verurteilte ihn am 10.08.2020 wegen „Blasphemie“ zum Tode durch den Strang. Das Urteil wurde zwar aufgehoben, doch statt der Freilassung ordnete das Gericht ein neues Verfahren an. Nachdem ein Berufungsgericht 2022 diese Anordnung bestätigt hatte, legte Sharif-Aminu Rechtsmittel beim Obersten Gerichtshof Nigerias ein.

Dort fand am 25.09.2025 eine erste Anhörung statt. Die für den 25.06.2026 angesetzte Folgeanhörung wurde jedoch kurzfristig abgesagt; ein neuer Termin steht aus. Bis heute weiß Sharif-Aminu nicht, ob er je zu seiner Familie zurückkehren oder hingerichtet wird.

Unterstützt wird er von der Menschenrechtsorganisation ADF International. Ein Urteil zu seinen Gunsten könnte die auf der Scharia beruhenden Blasphemiegesetze im Norden Nigerias zu Fall bringen. Davon würden nicht nur muslimische Minderheiten profitieren, sondern auch Christen, Konvertiten und andere religiöse Minderheiten, denen dieselben Gesetze Gefängnis oder Tod androhen und deren Anklage häufig Gewalt durch aufgebraute Menschenmengen nach sich zieht.

Bereits im April 2025 erklärte der Gerichtshof der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) unter Berufung auf diesen Fall, dass Nigeria seine Blasphemiegesetze aufheben solle. Auch das Europäische Parlament hat sich wiederholt für Sharif-Aminus Freilassung ausgesprochen.

„Niemandem darf wegen eines Liedes die Todesstrafe drohen – auch dann nicht, wenn andere die Worte als anstößig empfinden“, heißt es im Aufruf der Petition. Öffentlicher Druck solle verhindern, dass der Fall in Vergessenheit gerät, und der Forderung nach Freilassung zusätzliches Gewicht verleihen.

Die Petition kann hier unterzeichnet werden: [\[LINK ZUR PETITION\]](#)

Pakistan: Zum Tode verurteilter Christ freigesprochen

Der Oberste Gerichtshof bestätigte aber das Todesurteil gegen seinen Bruder

Islamabad (IDEA) – Der Oberste Gerichtshof Pakistans hat einen zum Tode verurteilten Christen freigesprochen. Das teilte die christliche Organisation „International Christian Concern“ (ICC/Washington) mit. Es handelt sich um Amoon Ayub, der 2018 zusammen mit seinem Bruder Qaisar wegen Blasphemie gegen den islamischen Propheten Mohammed zum Tode verurteilt worden war. Sie betrieben gemeinsam eine Internetseite, auf der sie Mohammed angeblich beleidigt haben sollen. Beide bestreiten das. Ein islamischer Geistlicher hatte 2010 Anzeige erstattet. Danach versteckten sich die Brüder zunächst, wurden aber 2014 festgenommen. Nach Ansicht von Menschenrechtlern spricht vieles dafür, dass sie Opfer einer Intrige geworden sind. Der Oberste Gerichtshof Pakistans sprach Amoon Ayub am 7. Oktober mangels Beweisen frei, bestätigte aber das Todesurteil gegen Qaisar, der mit seiner Frau drei Kinder hat. Die Menschenrechtsorganisation CLAAS (Lahore), die sich für Opfer religiöser Verfolgung engagiert, hat sich von Anfang an für die Brüder eingesetzt. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten die beiden Brüder im April 2019 als „Gefangene des Monats“ benannt und dazu aufgerufen, in Briefen für deren Freilassung einzutreten. Der Direktor von CLAAS in Großbritannien (Southall bei London), Nasir Saeed, erklärte zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofs: „Wir begrüßen den Freispruch von Amoon Ayub nach so vielen Jahren Haft, doch unsere Erleichterung wird von der erschütternden Nachricht überschattet, dass seinem Bruder Qaisar weiterhin die Todesstrafe droht.“ Keine Familie sollte so viele Jahre in der Angst vor einer möglichen Hinrichtung leben müssen, so Saeed. Von den rund 250 Millionen Einwohnern Pakistans sind 95 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

Senegal: „Der Dialog zwischen Christen und Muslimen findet jeden Tag statt“

sagte Pater Diouf

Rom (Fides) – „Wir sind wahrscheinlich eine Ausnahme in der Welt, denn wir leben in einem mehrheitlich muslimischen Land, mit einer kleinen katholischen Gemeinde neben anderen Konfessionen“ erklärt Don Augustin Sébastien Mamadou Diouf, nationaler Koordinator des Laienapostolats im Senegal, in einem Gespräch mit dem Fidesdienst am Rande des Internationalen Forums der Katholischen Aktion (FIAC), das vom 15. bis 18. Oktober in Rom stattfand.

Der Senegal ist ein Land mit muslimischer Mehrheit, beherbergt aber auch eine lebendige katholische Minderheit und Gemeinschaften anderer Glaubensrichtungen. Wie ist dieses Zusammenleben möglich?

„Muslime und Christen leben in Frieden und Harmonie zusammen. Das überrascht viele, die zum ersten Mal in den Senegal kommen. In ein und derselben Familie können Katholiken und Muslime leben. Ich selbst heiße Mamadou, weil mein Vater Muslim war, aber das hat mich nicht daran gehindert, katholisch zu sein und Priester zu werden.“

Seid ihr also ein Vorbild für den Rest der Welt?

„Genau, das können wir sein. Im Senegal sagen wir, dass der islamisch-christliche Dialog täglich gelebt wird: in den Familien, auf der Straße, bei der Arbeit, durch das Teilen glücklicher und schwieriger Momente. Es gibt keine besonderen Probleme beim Zusammenleben. Ich denke, diese Erfahrung sollte all jene inspirieren, die, obwohl sie nicht denselben Glauben teilen, Seite an Seite leben.“

Im Senegal belästigt niemand einen anderen wegen seines Glaubens. Eine Kirche kann direkt neben einer Moschee stehen. Wenn wir einen katholischen Feiertag begehen, laden wir die Muslime ein, die uns wiederum in ihre Feste einbeziehen. Auch anlässlich unserer Wallfahrt laden wir die verschiedenen muslimischen Gemeinschaften ein. Dieses Gleichgewicht ist ein Segen für den Senegal, und wir beten, dass es von Dauer sein möge.“

Der Senegal ist ein Land mit einer jungen Bevölkerung. Was sind die größten Schwierigkeiten, mit denen junge senegalesische Katholiken konfrontiert sind?

„Wir haben eine sehr dynamische Jugend. Zahlreiche junge Katholiken nehmen an den Eucharistiefeiern und Pilgerfahrten teil. Das ist ein Geschenk, denn in einem mehrheitlich muslimischen Land ist es wichtig, den eigenen Glauben auch durch äußere Gesten zu bezeugen – nicht im pharisäischen Sinne, sondern um zu zeigen, dass er lebendig ist, und vor allem, um Jesus Christus durch unsere Lebensweise und unsere Handlungen zu verkünden. Unsere Jugendlichen stehen vor denselben Schwierigkeiten wie ihre Altersgenossen in anderen Teilen der Welt, insbesondere in Afrika.“

Die wirtschaftliche Lage im Senegal ist nicht rosig, und das Hauptproblem ist der Mangel an Arbeitsplätzen. Als Kirche ermutigen wir die Jugendlichen, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen, indem sie kleine Unternehmen gründen oder einen Beruf erlernen, ohne unbedingt auf staatliche Hilfe zu warten, damit sie sich in Würde versorgen können.“

Kann die Schutzlosigkeit der Jugendlichen die Ausbreitung von Sekten im Senegal begünstigen?

„Ja, in unserem Land gibt es verschiedene Sekten, auch aus diesem Grund. Wenn man wirtschaftlich und moralisch verwundbar ist, kann man leicht zur Beute von „geistlichen Raubtieren“ werden, die ein illusorisches Glück versprechen. Leider lassen sich viele junge Menschen von diesen Gruppen anziehen. Wir tun alles in unserer Macht Stehende, um diesem Phänomen entgegenzuwirken, das sowohl Katholiken als auch Muslime betrifft.“

Letztere könnten sogar noch stärker gefährdet sein. Als Kirche versuchen wir, unsere Jugendlichen vor dem Einfluss von Sekten zu schützen, indem wir ihnen helfen, zu unterscheiden und nicht in die Hände derer zu geraten, die ein leichtes Leben versprechen und Illusionen verkaufen. Im islamischen Umfeld bieten die Gemeinschaften den Jugendlichen ein Umfeld, das sie besser vor dem Einfluss von Sekten schützen kann.

Einige Sekten kommen aus dem Ausland, während andere direkt im Senegal gegründet werden, oft aus wirtschaftlichen Gründen.“

Auch im Senegal fühlen sich junge Menschen von den sozialen Medien angezogen. Wie geht die Kirche mit diesem Phänomen um?

„Die sozialen Medien sind ein Thema, mit dem sich die Weltkirche auseinandersetzen muss, wie auch Papst Leo XIV. in seiner Enzyklika dargelegt hat. Ich bin der Meinung, dass junge Menschen zu einem bewussten Umgang mit diesen Instrumenten erzogen werden müssen, die im Dienst des Menschen stehen sollen und nicht umgekehrt. Bei richtiger Nutzung können soziale Medien jungen Menschen viele Vorteile bieten. Leider ist oft das Gegenteil der Fall: Soziale Medien und heute auch künstliche Intelligenz werden genutzt, um Hass und Zwietracht zu säen.“

(L.M.) (Fides 20/10/2026)

Sudan: Das anhaltende Leid

Drei Jahre brutaler Bürgerkrieg haben die Bevölkerungsstruktur des Sudans nachhaltig verändert. Ethnisch motivierte Morde und Massenfluchtbewegungen haben das Gesicht des Landes völlig verändert. Über 11 Millionen Menschen wurden vertrieben, und Christen, die eine kleine Minderheit inmitten einer überwältigenden muslimischen Mehrheit bilden, gehören zu denjenigen, die am meisten leiden.

Betet für Frieden und Heilung für den Sudan sowie für die vielen Länder und Organisationen, darunter auch christliche Organisationen, die versuchen, die riesige Zahl der Kriegsflüchtlinge zu unterstützen. Über die Gewalt, so extrem sie auch ist, wird in den weltweiten Medien nur unzureichend berichtet.

Mission Network News / WORLDNEWS 335 Bridgeway Publications 15 Oktober 2026 übersetzt und bearbeitet AKREF

Südsudan: Morddrohungen in einem Flüchtlingslager

Zwei sudanesische Pastoren in einem Flüchtlingslager im Südsudan sind seit einem Angriff muslimischer Extremisten Anfang dieses Jahres mit Morddrohungen konfrontiert.

Die Besorgnis der beiden Pastoren aus der sudanesischen Region Darfur verstärkte sich am 25. September, als sich ein Mann um 21 Uhr etwa 30 Minuten lang vor dem Haus eines der beiden, Pastor Drij Haruon Khamis, im Flüchtlingslager Gorom, 26 Kilometer (16 Meilen) südwestlich von Juba, aufhielt.

Der Mann, von dem angenommen wird, dass er von den muslimischen Extremisten geschickt worden war, die Pastor Khamis im Mai bei einem Angriff auf das Gelände seiner Kirche im Lager am Bein verletzt hatten, kommunizierte laut den Quellen über sein Mobiltelefon mit anderen, während er den Pastor offenbar beobachtete. Pastor Khamis benachrichtigte die Polizei, die eintraf und den Mann festnahm; er befinde sich weiterhin in Gewahrsam, sagte er.

Bereits vor dem Überfall im Mai hatten muslimische Extremisten im Lager Drohungen gegen Pastor Khamis und Pastor Adel Idris ausgesprochen, beides Leiter des Darfur Christian Council. Bei der polizeilichen Vernehmung des Mannes stellte sich heraus, dass von ihm tatsächlich eine Bedrohung ausging, und Pastor Khamis sowie weitere Personen informierten am 27. September den Darfur Christian Council und ihre Gemeinde über die Morddrohungen und baten um Gebet.

„Das hat uns in Angst um unser Leben versetzt, da wir nicht wissen, was die kommenden Tage für uns bereithalten“, sagte Pastor Khamis gegenüber Morning Star News. „Es gibt viele Ängste, aber wir glauben, dass Gott die Kontrolle übernehmen wird. Ehre sei Gott.“

Die Situation hat unter den Christen aus Darfur im Lager für Unruhe gesorgt, da viele von ihnen vom Islam konvertiert sind, was Forderungen nach einem Eingreifen der Behörden zur Gewährleistung ihrer Sicherheit ausgelöst hat.

Muslimische Extremisten, angefeuert vom Imam einer Moschee im Lager, betrachten die evangelistischen Bemühungen der Kirche als Bedrohung für den Islam in der Siedlung.

Auch andere Flüchtlinge aus der sudanesischen Region Darfur sind, seit sie ihren Glauben an Christus bekennen, mit Feindseligkeiten konfrontiert und werden von ihren Verwandten in Darfur abgelehnt.

Zwar garantiert die Verfassung des Südsudans Religionsfreiheit, einschließlich des Rechts, den eigenen Glauben zu verbreiten und zu konvertieren, doch bleibt der Druck durch die Gemeinschaft und die Familie innerhalb der Flüchtlingsbevölkerung, die aus restriktiveren Regionen stammt, hoch.

Im Sudan stand auf Apostasie lange Zeit die Todesstrafe, bis das Gesetz im Jahr 2020 abgeschafft wurde. Kulturelle und extremistische Einstellungen gegenüber Konversionen bestehen jedoch oft grenzüberschreitend fort, wodurch Konvertiten der Gefahr von „Ehrenmorden“ oder Gewalt durch den Mob ausgesetzt sind.

Kirchenführer im Lager Gorom fordern einen verstärkten Schutz für christliche Konvertiten und suchen nach Wegen, um diejenigen, die aufgrund religiöser Verfolgung vertrieben wurden, mit dem Nötigsten zu versorgen. Das Lager leidet unter einem Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser und medizinischer Versorgung, da die Bewohnerzahl auf mehr als das Fünffache seiner Kapazität angestiegen ist.

Das von den Vereinten Nationen unterstützte Lager wurde 2010 für etwa 2.500 äthiopische Flüchtlinge eingerichtet, die vor Konflikten flohen. Infolge regionaler Krisen ist es seitdem erheblich gewachsen und beherbergte im August 2023 mehr als 10.000 Menschen, darunter Neuankömmlinge aus dem Sudan.

Gewalttaten gegen Sudanesen in Juba im Januar 2025 trieben mehr als 6.800 sudanesische Flüchtlinge nach Gorom, wodurch die Einwohnerzahl bis April 2025 auf über 22.000 anstieg.

Der Sudan ist zu 93 Prozent muslimisch, Anhänger ethnischer traditioneller Religionen machen laut Joshua Project 4,3 Prozent der Bevölkerung aus, während Christen 2,3 Prozent ausmachen.

Der Sudan belegte auf der Weltverfolgungsliste (WWL) 2026 von Open Doors Platz 4 unter den 50 Ländern, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Der Sudan war 2021 zum ersten Mal seit sechs Jahren aus den Top 10 der WWL-Liste herausgefallen, als er erstmals Platz 13 belegte.

Das US-Außenministerium strich den Sudan 2019 von der Liste der „Countries of Particular Concern“ (CPC), die „systematische, anhaltende und schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit“ begehen oder dulden, und stufte ihn auf eine Beobachtungsliste herab. Zuvor war der Sudan von 1999 bis 2018 als CPC eingestuft worden.

Im Dezember 2020 strich das Außenministerium den Sudan von seiner „Special Watch List“.

<https://morningstarnews.org/2026/10/pastors-face-death-threats-in-refugee-camp-in-south-sudan/>

Uganda: Ermordeter Christ beherbergte Konvertiten

Ein Christ, der von einer Evangelisationsaktion zurückkehrte, wurde am 29. September im Westen Ugandas getötet, als er und ein Kollege von drei Muslimen angegriffen wurden, darunter einer, der verärgert darüber war, dass seine Schwester zum Christentum konvertiert war, wie aus informierten Kreisen verlautete.

Benjamin Kule Mayani, ein 45-jähriger Lehrer an der „Excellent Nursery and Primary School“ und Einwohner des Dorfes Kasokero im Sub-County Kyondo, Distrikt Kasese, wurde am 29. September gegen Mitternacht in der Gemeinde Karambi, Stadtgemeinde Kisinga, angegriffen.

Mayani und sein Kollege Pascal Muhindo hatten einen Anruf von einem Mann namens Isifu Marjani erhalten, der darum bat, Mayani an der Schule zu treffen, an der er unterrichtete. Dies berichtete ein Ältester der anglikanischen Kirche im Westen Ugandas, der kurz nach dem Angriff telefonisch mit Muhindo, einem Mitglied seiner Gemeinde, sprach.

Mayani und Muhindo befanden sich etwa zwei Kilometer von der Schule entfernt, als Marjani und zwei weitere Muslime sie abfingen, berichtete der aus Sicherheitsgründen nicht namentlich genannte Älteste auf der Grundlage seines Gesprächs mit Muhindo.

Die Muslime befragten Mayani und Muhindo zum Verbleib einer Frau namens Sharifa, Marjanis Schwester, die zum Christentum konvertiert war, sagte der Älteste. Einer von ihnen schlug Mayani mit einem großen Stock auf den Kopf.

Muhindo floh, um Hilfe bei Anwohnern in der Nähe zu suchen. Als er mit Anwohnern zum Tatort zurückkehrte, stellten sie fest, dass Mayani getötet worden war.

Mayani hatte zuvor Sharifa und andere zum Christentum konvertierte Muslime in seinem Haus beherbergt und sie später aus Sicherheitsgründen in ein anderes Haus gebracht.

Der Vorfall wurde der Polizeistation in Kisinga gemeldet, wo die Polizei den Mordfall registrierte. Kriminalbeamte untersuchten und dokumentierten den Tatort, nahmen Zeugenaussagen auf und sicherten Beweismittel für die forensische Analyse.

Elly Maate, stellvertretende Polizeichefin (ASP) von Rwenzori East, sagte, Mayani und Muhindo seien auf dem Rückweg aus der Stadt Kisinga gewesen, als sie von den drei Männern angegriffen wurden. Nach Angaben der Polizei schlugen die Angreifer Mayani mit einem stumpfen Gegenstand auf die Stirn, wodurch er schwer verletzt wurde; er brach wenige Meter vom Tatort entfernt zusammen und starb.

Mayanis Leiche wurde zur Obduktion ins Bwera-Krankenhaus gebracht.

Die Polizei teilte mit, dass die Ermittlungen fortgesetzt werden.

Der Angriff war der jüngste von vielen Fällen der Verfolgung von Christen in Uganda.

Die Verfassung Ugandas und andere Gesetze garantieren Religionsfreiheit, einschließlich des Rechts, den eigenen Glauben zu verbreiten und von einer Religion zu einer anderen zu konvertieren. Muslime machen nicht mehr als 12 Prozent der Bevölkerung Ugandas aus, wobei sie vor allem in den östlichen Regionen des Landes stark vertreten sind.

<https://morningstarnews.org/2026/10/slain-christian-harbored-converts-in-western-uganda/>

Ukraine-Krieg: Bereits 17 Geistliche in diesem Jahr getötet

99 Todesopfer seit 2014

Kiew (IDEA) – Im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind in diesem Jahr mindestens 17 christliche Geistliche ums Leben gekommen. Das sind mehr als im gesamten Jahr 2025. Das geht aus Angaben der ökumenischen Gruppe „Christen gegen Krieg“ hervor. Demnach starben 2026 durch russischen Beschuss 13 ukrainische Geistliche und ein Messdiener. In einer gesonderten Statistik listet die Gruppe zudem vier getötete Ordensmänner und Priester der russisch-orthodoxen Kirche auf. Im vergangenen Jahr verloren laut der Initiative mindestens neun ukrainische und fünf russische Geistliche im Krieg ihr Leben. Die meisten Opfer waren in beiden Jahren orthodoxe Priester. Viele zogen als Militargeistliche oder Soldaten in den Krieg, andere starben an ihrem Wohnort.

99 Todesopfer seit 2014

Insgesamt sind in der Ukraine durch russische Aggression seit 2014 mindestens 99 Geistliche, Ordensfrauen, Ministranten und andere Kirchenmitarbeiter gestorben. 2014 hatte Russland die Halbinsel Krim besetzt und annektiert. Auch der bewaffnete Konflikt im Donbass im Osten der Ukraine hatte 2014 begonnen. Die Angaben der Todesopfer stammen aus einer fortlaufend aktualisierten Liste, die die Initiative gemeinsam mit dem Projekt „Christmas Declaration“ erstellt. Sie erfasst den Stand vom 18. Oktober. Auf der Website werden die Namen der Opfer genannt sowie Porträtfotos und Lebensläufe veröffentlicht. Erfasst sind unter anderen Siebenten-Tags-Adventisten, Baptisten, Pfingstler, Mitglieder der Evangelischen Freikirche der Ukraine sowie Angehörige der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) und der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK). Unter den Opfern sind auch zwei Katholiken. Auf russischer Seite verzeichnet die Gruppe insgesamt 29 Todesopfer. Die Dokumentation erfasse nur einen Teil der Angriffe auf religiöse Personen, heißt es in der Liste. Dazu zählten Mord, Folter und gezielte Misshandlung. Viele Opfer seien nicht bereit, öffentlich über das Erlebte zu sprechen. Gründe dafür seien Scham, die eigene Gefährdung in den besetzten Gebieten oder die Angst um Angehörige. Für die dokumentierten Verbrechen muss die Russische Föderation nach dem humanitären Völkerrecht zur Verantwortung gezogen werden, fordert die Gruppe. „Christen gegen Krieg“ ist ein Projekt der ökumenischen belarussischen Gruppe „Christliche Vision“ (Vilnius/Litauen). Aktivisten dieser Gruppe gründeten es nach Beginn der russischen Großinvasion in die Ukraine im Februar 2022.

Usbekistan: Prozess gegen Schiiten wegen religiöser Lieder auf Telegram

IIRF-D/AKREF-A/Tübingen/16.10.2026 - Dem 22-jährigen Sunnatillo Akparov drohen 5 bis 8 Jahre Haft, wenn er der Verbreitung schiitischer Klagelieder (Marthiyas) schuldig befunden wird, die er auf einem von ihm betriebenen Telegram Kanal verbreitet hat. Die Verhandlung vor dem Bezirksgericht Samarkand war für den 25. September angesetzt. Richter Aziz Lazizov besteht darauf, dass Akparov „extremistische Lieder“ angehört habe. Erst im Juli wurde der muslimische Gewissensgefangene Alimardon Sultanov im Gefängnis in Navoi gefoltert und aufgrund seiner Beschwerde darüber für 15 Tage in eine Isolierzelle verbannt. Am 30. August kam es zu einer Razzia in der Wohnung der Eltern zweier Schiiten, die aus Besorgnis über ihre Sicherheit bereits ins Ausland geflohen waren.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 25. September 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Westjordanland: Jüdische Siedler dringen in christliches Zentrum ein

Herrnhuter Missionshilfe spricht von einer „Demonstration der Macht“

Ramallah (IDEA) – Im Westjordanland ist es zu Übergriffen radikaler jüdischer Siedler auf eine Einrichtung der weltweiten Evangelischen Brüder-Unität (Herrnhuter Brüdergemeine) gekommen. Betroffen ist das Förderzentrum Sternberg zwischen Ramallah und Birzeit im nördlichen Teil der Westbank. Dort werden rund 100 Kinder und Jugendliche mit geistigen Behinderungen durch etwa 20 Lehrkräfte – vorwiegend Frauen – gefördert. Wie die Herrnhuter Missionshilfe (Bad Boll) mitteilte, überwand eine Gruppe jüdischer Siedler am 9. Oktober den Schutzzaun des Zentrums, durchstreifte das Gelände und verließ die Einrichtung durch das Eingangstor. An diesem Tag sei nur ein Wachmann anwesend gewesen. Am 11. Oktober habe der Landwirt des Sternbergs festgestellt, dass ein Gewächshaus beschädigt worden sei. Die Eindringlinge hätten auch Pflanzen ausgerissen und Plastikkanäle der Wasserversorgung aufgeschnitten. Die Herrnhuter Missionshilfe hat das deutsche Vertretungsbüro in Ramallah und die deutsche Botschaft in Tel Aviv über den Vorfall informiert.

„Psychische Schäden“ sind enorm

Wie der Referent der Missionshilfe, Pfarrer Niels Gärtner (Bielefeld), auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA sagte, ging es den Eindringlingen offenbar nicht darum, große Schäden anzurichten. Vielmehr werte man die Tat als „Demonstration der Macht“. Die Siedlergruppe habe zeigen wollen, dass das ganze Westjordanland zu Israel gehöre. Eine Reaktion offizieller israelischer Stellen auf den Vorfall habe es bisher nicht gegeben. Auch wenn die Schäden in finanzieller Hinsicht überschaubar seien, „sind die psychischen Schäden und Ängste der Menschen vor Ort enorm“, so die Missionshilfe. Die christlich basierte Sozialarbeit auf dem Sternberg sei in ihrer Existenz bedroht, wenn er nicht mehr als sicherer Zufluchtsort für Menschen mit Behinderungen angesehen werde.

Bischof Haddad ruft zum Schutz des Zentrums auf

Der Bischof der rund 2.000 Mitglieder zählenden Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land, Imad Haddad (Jerusalem), bezeichnete den Angriff in einer Stellungnahme als „Teil eines äußerst besorgniserregenden Musters israelischer Siedlergewalt“ in der Region um Ramallah. Palästinensische Häuser, landwirtschaftliche Flächen und Einrichtungen seien von Gewalt bedroht. „Kein Palästinenser im Westjordanland ist von dieser Bedrohung ausgenommen, auch nicht christliche Gemeinden und Institutionen.“ Haddad forderte die internationalen Regierungen und die religiösen Führer auf, unverzüglich und entschlossen zu handeln, um das Zentrum Sternberg zu unterstützen und das Recht der Palästinenser auf ein Leben in Frieden und Sicherheit zu schützen.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]